

Olympia statt Kitas?! **Es ist nicht alles Gold, was glänzt**

1 Die Landesbezirkskonferenz beschließt:

ver.di Hamburg spricht sich gegen die Ausrichtung von Olympia in Hamburg 2024, 2028 oder später aus, solange die dauerhafte Finanzierung sozialer Infrastruktur und öffentlicher Dienstleistungen durch Olympia gefährdet ist.

Begründung

Die Ausrichtung olympischer Spiele in Hamburg stellt ein nicht einzuschätzendes Kostenrisiko dar. Die aktuelle Haushaltspolitik des Senats, verschärft durch die Schuldenbremse, ist bereits jetzt durch Sozialabbau und Kürzungen in relevanten Bereichen der Stadt gekennzeichnet. Eine weitere Verschärfung dieser Situation ist nicht hinnehmbar.

Die Bewerbung Hamburgs als AusrichterIn für die olympischen Spiele 2024 oder 2028 läuft auf Hochtouren. Sportlich gesehen ist Olympia klasse: der friedliche Wettkampf von SportlerInnen vieler Nationen und der Austausch und die entspannte Stimmung zwischen den Millionen BesucherInnen ist etwas ganz besonderes.

Doch Olympia hat Auswirkung auf alle Bereiche der Stadt. Der geplante Neubau von Sportstätten, Wohnanlagen, Straßen, U-Bahnverbindungen etc. verändert das Gesicht der Stadt. Veränderungsprozesse bringen nicht nur GewinnerInnen mit sich, sondern auch VerliererInnen, die z.B. durch Aufschickung und Mietexplosion aus ihren Wohnquartieren verdrängt werden.

Ein besonders großes Risiko liegt in der finanziellen Belastung der Stadt Hamburg. Ein Blick zurück auf bisherige Austragungsorte olympischer Spiele zeigt deutlich: die Kosten für Olympia werden bei Planungsbeginn immer um ein erhebliches niedriger angegeben bzw. eingeschätzt als sie real anfallen. In London z. B. wurde im Jahr 2005 mit Kosten von 2,6 Mrd. Euro für die Durchführung der Spiele gerechnet. Im Olympiajahr 2012 selbst musste der Etat auf 11,1 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Auch in Hamburg ist von riesigen Kosten für Olympia auszugehen, die nur zu einem kleinen Teil durch in Hamburg verbleibende Einnahmen aus Olympia und Tourismus gedeckt werden. Folglich werden öffentliche Mittel zur Finanzierung notwendig. Doch schon heute - ohne Olympia - ist die Haushaltspolitik des Senats unverantwortlich: Kürzungen im sozialen Bereich, Schließungen von Einrichtungen, Abbau öffentlicher Dienstleistungen und des Personals sind nur einige wenige Beispiele. Die 50 Mio. Euro, die Hamburg alleine für die Bewerbung als Austragungsort ausgibt und die wesentlich höheren Kosten Hamburgs für und nach Olympia lassen uns zu dem Schluss kommen: dabei sein ist nicht immer alles. Statt Olympia zu finanzieren wollen wir ein sozialeres Hamburg!

Weiterleiten an Landesbezirkskonferenz Hamburg